

## **V E R H A N D L U N G S S C H R I F T**

aufgenommen bei der am Mittwoch, den 24.07.2013 im Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes  
Pettenbach stattgefundenen

### **öffentlichen Sitzung des Gemeinderates**

der Marktgemeinde Pettenbach

Sitzungsnummer: GR/2013/18

Beginn: 20:00

Ende: 21:30

#### **Anwesend sind:**

Herr Bgm. Leopold Bimminger	ÖVP	Herr Stefan Kohlbauer	FPÖ
Herr Vzbgm. Rudolf Platzer	FPÖ	Herr Friedrich Mittermaier	FPÖ
Frau Sigrud Grubmair	ÖVP	Herr Karl Reder	FPÖ
Herr Ing. Josef Aitzetmüller	ÖVP	Herr Friedrich Ebner	SPÖ
Herr Gerhard Etzenberger	ÖVP	Vertretung für Herrn Ing. Wolfgang Ebner	
Herr Bernhard Radner	ÖVP	Herr Gerhard Kohlbauer	FPÖ
Herr Karl Kuntner	ÖVP	Vertretung für Herrn Adolf Kammerleithner	
Frau Danusa Neuhauser MBA	ÖVP	Herr Erwin Laßl	SPÖ
Frau Michaela Kemptner	ÖVP	Vertretung für Frau Vzbgm. Julia Laßl	
Herr Bülent Arikant	ÖVP	Herr Maximilian Pernegger	FPÖ
Herr Clemens Franz Radner	ÖVP	Vertretung für Herrn Dipl. Ing. (FH) Karl Schachinger	
Herr Georg Neuhauser	ÖVP	Herr Bernhard Radinger	ÖVP
Frau Elke Eder	ÖVP	Vertretung für Herrn Franz Berner	
Frau Heidemarie Fischer	ÖVP	Herr Ing. Andreas Smekal	FPÖ
Herr Ing. Paul Neuburger	SPÖ	Vertretung für Frau Sonja Hüthmayr	
Frau Ilse Laßl	SPÖ	Herr Walter Wenzl	SPÖ
Herr Dietmar Straßmair	SPÖ	Vertretung für Herrn Johann Schultschik	
Herr Manuel Peterstorfer	SPÖ	Frau Doris Sieberer	
Herr Helmut Viechtbauer	SPÖ		
Herr Michael Aitzetmüller	SPÖ		
Herr Karl-Heinz Strauß	FPÖ		

#### **Abwesend sind:**

Frau Vzbgm. Julia Laßl	SPÖ
Herr Franz Berner	ÖVP
Herr Johann Schultschik	SPÖ
Herr Ing. Wolfgang Ebner	SPÖ
Herr Dipl. Ing. (FH) Karl Schachinger	FPÖ
Herr Adolf Kammerleithner	FPÖ
Frau Sonja Hüthmayr	FPÖ

**Leiter des Gemeindeamtes:**

Al. Günther Weigerstorfer

**Schriftführerin:**

Doris Sieberer

Bgm. Bimminger begrüßt die Vizebürgermeister/in, die Gemeindevorstandsmitglieder, die Damen und Herren des Gemeinderates, Herrn Al. Weigerstorfer und Frau Sieberer, die mit der Protokollierung der Sitzung betraut wird.

**Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass**

- a. die Sitzung von ihm ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b. die Verständigung hiezu an alle Mitglieder zeitgerecht, schriftlich am 17.07.2013 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist,
- c. die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- d. die Verhandlungsschriften über die Sitzungen vom 13.06.2013 und vom 24.06.2013 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt sind, während der Sitzung zur Einsicht aufliegen und gegen diese Verhandlungsschriften bis zum Sitzungsende Einwendungen eingebracht werden können.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) kündigt an, dass er unter Punkt Allfälliges zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2013 etwas sagen wird.

**Tagesordnung:**

- 1 . Anfragen aus der Bevölkerung an den Gemeinderat
- 2 . Festsetzung des Termins der Volksbefragung aufgrund des Antrages von Herrn Leopold Schiefermüller mit dem Wortlaut "Sind Sie für die Errichtung einer Lagerhausfiliale mit Tankstelle, eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes sowie anderer Fachmärkte an der Ortsumfahrung?", Beschluss
- 3 . Allfälliges

## **1. Anfragen aus der Bevölkerung an den Gemeinderat**

Herr Leopold Schiefermüller ersucht den Gemeinderat den Grund erläutern zu dürfen, warum er einen Antrag für eine Volksbefragung eingebracht habe. Er liest daraufhin die Begründung vor:

„Es wurde in der letzten, unter dem offiziellen Gemeindelogo stehenden, Parteiinformation die Frage gestellt, warum eine Volksbefragung abgehalten werden sollte. Hier die Begründung für die Bürgerinitiative:

1. Bei der letzten ordentlichen Gemeinderatssitzung wurde ein Antrag auf eine Volksbefragung mehrheitlich angenommen und eine Woche später zurück genommen und die Volksbefragung abgelehnt.
2. Mehr als 1.500 Unterschriften werden ignoriert bzw. deren Rechtmäßigkeit angezweifelt und die Bevölkerung später für inkompetent erklärt.
3. Es ist nicht akzeptabel, ein für Pettenbach äußerst wichtiges Lagerhaus, einerseits aus persönlichen Gründen und andererseits aus parteitaktischem Kalkül, zu verhindern, indem man den Sparmarkt in der geplanten Größe ablehnt.
4. Ist zur Eindämmung des Kaufkraftabflusses in andere Orte ein Neubau zu befürworten, zumal der Spar die Absicht hat, das Einkaufszentrum zu verlassen.
5. Ein Neubau, wie geplant, beim Kreisverkehr ist zu befürworten, weil ein kolportierter Alternativstandort hinter dem Pennymarkt ausscheidet. Es steht kein Baugrund zur Verfügung.

Geschätzte Damen und Herrn vom Gemeinderat.

Sollte die Bevölkerung von Pettenbach mehrheitlich für das geplante Projekt sein, wovon auszugehen ist, wird vom Gemeinderat eine Entscheidung zum Wohle aller Gemeindebürger und im Sinne der Weiterentwicklung Pettenbach erwartet.“

Herr Leopold Schiefermüller bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen geht Bgm. Bimminger zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

## **2. Festsetzung des Termins der Volksbefragung aufgrund des Antrages von Herrn Leopold Schiefermüller mit dem Wortlaut "Sind Sie für die Errichtung einer Lagerhausfiliale mit Tankstelle, eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes sowie anderer Fachmärkte an der Ortsumfahrung?", Beschluss**

Der Vorsitzende Bgm. Leopold Bimminger (VP) führt aus:

Aufgrund des am 28. Juni 2013 schriftlich von Herrn Leopold Schiefermüller, 4643 Pettenbach, Edlachweg 20, eingebrachten Antrages auf Durchführung einer Volksbefragung mit dem Wortlaut „Sind Sie für die Errichtung einer Lagerhausfiliale mit Tankstelle, eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes sowie anderer Fachmärkte an der Ortsumfahrung?“ und der Erreichung der erforderlichen Mindestanzahl von 979 Unterstützungsanträgen wahlberechtigter Gemeindeglieder, die sich diesem Begehren anschließen müssen, hat der Gemeinderat laut Oö. Gemeindeordnung § 38 Abs. 5 den Tag der Volksbefragung festzusetzen.

Am Mittwoch, den 17.07.2013 wurde die erforderliche Anzahl von Unterstützungsanträgen erreicht.

Als Termin für die Abhaltung der Volksbefragung wird **Sonntag, der 15. September 2013** vorgeschlagen.

Vor der Abhaltung der Volksbefragung soll der Gemeindebevölkerung jedoch, neben einer Mitteilung über die Abhaltung einer Volksbefragung in den Gemeindenachrichten, auch ein Termin für eine Informations- und Frageveranstaltung im „**Gasthaus Hofwirt**“ am **Donnerstag, den 29. August 2013 um 20.00 Uhr** angeboten werden. Der gesamte Gemeinderat sollte dabei den Gemeindebürgern für Fragen zur Verfügung stehen.

Als Stichtag für das Wählerverzeichnis wird der Tag der Gemeinderatssitzung vom 24.07.2013 festgesetzt.

Der Bgm. stellt daraufhin den

**Antrag: Der Gemeinderat wolle dem Termin zur Abhaltung einer Volksbefragung mit dem Wortlaut „Sind Sie für die Errichtung einer Lagerhausfiliale mit Tankstelle, eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes sowie anderer Fachmärkte an der Ortsumfahrung?“ am Sonntag, den 15. September 2013 im Sinne des Berichtes zustimmen.**

Bgm. Leopold Bimminger (VP) ergänzt, dass er diesen Termin vorgeschlagen hat, weil das der früheste Termin ist, nach Einhaltung der ganzen Fristen, um die Volksbefragung durchzuführen. Außerdem könnte das Ergebnis der Volksbefragung in der Gemeinderatssitzung am 26. September 2013 behandelt werden. Aus seiner Sicht wäre eine Volksbefragung gemeinsam mit der Nationalratswahl sinnvoll gewesen, da sich die Bevölkerung einen Wahlgang und die Beisitzer Zeit sparen würden. Aber laut rechtlicher Auskunft darf eine Volksbefragung gemeinsam mit einer Nationalratswahl nicht stattfinden. Darum sieht er den 15. September als den geeignetsten Tag für die Volksbefragung.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) möchte einen **Änderungsantrag** einbringen mit dem Wortlaut zum selben Amtsvortrag mit den identen ersten Absatz jedoch dann mit dem Wortlaut „**Als Termin für die Abhaltung der Volksbefragung wird Sonntag, der 13. Oktober 2013 vorgeschlagen. Vor der Abhaltung der Volksbefragung soll der Gemeindebevölkerung jedoch neben einer Mitteilung der Abhaltung der Volksbefragung auch eine objektive Sachverhaltsdarstellung, sowohl der Ist-Stand als auch eine öffentliche Informations- und Frageveranstaltung angeboten werden.**“ Den Termin für die Informationsveranstaltung will er nicht festlegen, da es eventuell auch zwei Termine werden könnten. Der gesamte Gemeinderat sollte dabei den Gemeindebürgern für Fragen zur Verfügung stehen. Als Stichtag für das Wählerverzeichnis wird der Tag der Gemeinderatssitzung vom 24.07.2013 festgesetzt. Der Antrag bleibt bis auf das Datum, da wird der **13. Oktober 2013** eingesetzt, gleich. Als Begründung sieht er, dass die Urlaubszeit ein Problem darstelle, um die Bevölkerung ausreichend zu informieren. Da eine gemeinsame Abhaltung mit der Nationalratswahl nicht möglich ist, hätte er den 6. Oktober als ersten Termin vorgeschlagen, aber da am Vortag das „G´stanzl Singa“ stattfindet und am gleichen Tag das Erntedankfest gefeiert wird, scheidet dieser Termin jedoch aus. Da an jedem anderen Sonntag eine Veranstaltung stattfindet, wäre der 13. Oktober 2013 der idealste Termin.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) wiederholt, dass der Termin der Volksbefragung und der Termin der eventuell weiteren Informationsveranstaltung die Änderung seien.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) fügt hinzu, dass er auch die objektive Sachverhaltsdarstellung meine.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) wiederholt noch einmal, dass der Gegenantrag folgendermaßen lautet: „Abänderung des Befragungstermins auf 13. Oktober 2013.“

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) erwidert, dass er auch die Ergänzung im Bericht meint.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) antwortet, dass das sein Bericht wäre und diese Ergänzung im Protokoll stehen werde.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) erklärt, dass im Bericht nur die Mitteilung über die Abhaltung einer Volksbefragung in den Gemeindenachrichten steht, aber nichts über eine Information, außer dass eine Volksbefragung kommt. Das ist für die FPÖ-Fraktion zu wenig. Er meint, wenn im Sinne des Berichtes steht, müsse auch dieser Text angeführt werden.

Al Günther Weigerstorfer erklärt Vzbgm. Rudolf Platzer (FP), dass von ihm ein Gegenantrag gestellt werden müsse, in dem der Bericht formuliert werden müsse. Dann kann über den Gegenantrag abgestimmt werden.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) erklärt noch einmal, dass er die Formulierung des Gegenantrages schon vorgelesen habe und mitgeteilt habe, was ident ist und was er anders haben möchte. Nämlich dass der Antrag Wortident gestellt werden sollte, nur seine geänderten Textpassagen und das Datum auf „Sonntag, den 13. Oktober 2013 im Sinne des Berichtes zustimmen“ geändert werden sollte. Das sei sein Gegenantrag bzw. die Ergänzung des von Bgm. Bimminger gestellten Antrages.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) stellt fest, dass auch er für den 13.10.2013 als Tag der Volksbefragung sei, da die Bevölkerung objektiv und sachlich informiert werden muss und das jetzt während der Urlaubszeit nicht möglich erscheint. Man erhält ein aussagekräftiges Ergebnis nur dann, wenn man mit der Bevölkerung ins Gespräch kommt. Er ist der Meinung, dass in der Fragestellung, die Grundlage der Volksbefragung ist, die tatsächlich für die Beschlussfassung des Gemeinderat entscheidende Frage nicht herauskomme. Alle anwesenden Gemeinderäte sind seiner nach für die Errichtung des Lagerhauses und der Tankstelle. Die entscheidende Frage ist jedoch die Situierung eines großen Supermarktes an der Ortsumfahrung, .Hierzu muss eine für die Bevölkerung klar formulierte Aussage Grundlage für die Entscheidungsfindung sein. Er zweifle an, ob die jetzt verwendete Textierung der Frage an die Bevölkerung richtig sei, um diese wichtige Aussage aus dem Ergebnis der Volksbefragung herausfinden zu können.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) stellt die Frage, ob das im Sinne des Gemeinderates ist, dass wieder eine zusätzliche Gemeinderatssitzung einberufen werden solle, da nach der Volksbefragung nicht bis zur Dezembersitzung mit einer Beratung und Entscheidung über dieses Thema gewartet werden dürfe. Zusätzlich stellt er fest, dass die Bevölkerung sehr wohl wisse um was es bei dieser Fragestellung gehe. Darüber habe jedoch nach der erfolgten Befragung der Gemeinderat zu entscheiden. Er stellt fest, dass derzeit eine Betriebsbaugewidmung mit ca. 19.500m<sup>2</sup> auf dem besagten Areal vorliege, davon ca. 10.000m<sup>2</sup> Geschäftsgebietswidmung mit einer Gesamtverkaufsfläche von 1.500m<sup>2</sup> und davon wiederum 500m<sup>2</sup> Verkaufsflächen für Lebens- und Genussmittel. Diese 500m<sup>2</sup> sind jedoch bereits für den Lagerhausmarkt (400m<sup>2</sup>) und für den Bauermarkt (100m<sup>2</sup>) ausgewiesen. Zusätzlich kann noch die Tankstelle ein Tankstellenshop im herkömmlichen Ausmaß betreiben. Seiner Meinung nach sei die Fragestellung für die Volksbefragung klar, dass, wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Frage mit „JA“ beantwortet, der Gemeinderat die Grundlagen schaffen müsse, um das vorliegende Gesamtprojekt errichten zu können.

Er stellt fest, dass mit den derzeit genehmigten Flächen kein Supermarkt an der Ortsumfahrung errichtet werden wird, dadurch sich auch kein Drogeriemarkt, Textilmarkt oder Schuhmarkt ansiedeln werde, da der Frequenzbringer fehle. Und zum Thema Lagerhausbau habe er schon mehrfach er-

klärt, dass ihm von Seiten der Lagerhausgenossenschaft verbindlich gesagt wurde, dass nur die Errichtung des Lagerhauses und der Tankstelle nicht möglich sein wird.

Er ergänzt, dass für den Fall, dass sich doch ein Lebensmittelmarkt mit unter 500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche für Lebens- und Genussmittel ansiedeln wolle und auch alle anderen Märkte dann kommen würden, was ja von allen Gemeinderäten befürwortet werden würde, ob dies nicht dann die gleiche Auswirkung auf die Frequenz im Ortszentrum hätte, sei für ihn eindeutig mit ja zu beantworten.

Er stellt fest, dass wenn die Gemeindebevölkerung diese Fragestellung mit „ja“ beantworten sollte, der Gemeinderat die Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber habe die erforderlichen Rahmenbedingungen zu setzen.

GR Bernhard Radner (VP) fügt hinzu, dass sehr lange über das Lagerhausthema diskutiert wurde und dass in der Zeit die Bevölkerung genug Zeit hätte, sich zu informieren. Da die letzte Woche vor der geplanten Volksbefragung schon die erste Schulwoche ist, ist für ihn nicht mehr Urlaubszeit. Er ist für den erstmöglichen Termin. Er findet, dass sich durch die Behandlung dieses Themas eine Lähmung in der Gemeindearbeit ergeben hat, und plädiere daher noch einmal für einen frühestmöglichen Termin für die Durchführung der Volksbefragung, um dann wieder zum Tagesgeschäft übergehen zu können.

GR Strassmair erkundigt sich, ob man noch bei der Terminfeststellung sei oder schon zum GesamttHEMA Stellung beziehen kann.

Bgm. Bimminger erklärt, dass schon die Wechselrede begonnen hat und weist darauf hin, dass in der Gemeindeordnung festgelegt ist, dass jeder Gemeinderat 2 x zu einem Thema das Wort ergreifen kann. Er ersucht daher alle Gemeinderäte sich an diese Vorgabe zu halten. Sollte eine 3. Wortmeldung eines Gemeinderates unbedingt erforderlich sein, werde er jedoch dazu auch sein Einverständnis geben.

GR Karl Kuntner (VP) ist sehr erfreut, dass in dieser kurzen Zeit die große Anzahl an gleich lautenden Anträgen auf Durchführung einer Volksbefragung eingetroffen sind. Dies zeige ihm, dass die Bevölkerung immer noch Vertrauen in die Politik habe und mit einer ihren Vorstellungen entsprechenden Entscheidung des Gemeinderates rechne. Er spricht die Information an die Bevölkerung an, dass genügend Zeit bestünde die Bevölkerung zu informieren. Er fügt hinzu, dass die Leute sehr wohl wissen um was es sich handelt, da sogar in der Ferienzeit über 1000 Anträge zusammen gekommen sind.

Er weist darauf hin, dass auch vor der letzten Gemeinderatssitzung bereits ca. 1.400 Pettenbacher Gemeindebürger die damalige Unterschriftenaktion innerhalb einer Woche unterschrieben haben. Damals sei sogar in der Fragestellung eindeutig von einem Supermarkt an der Ortsumfahrung ausgegangen. Die beiden anderen Fraktionen haben die damaligen Unterstützungsunterschriften angezweifelt und behauptet sie seien unter falschen Voraussetzungen und unter Druck abgegeben worden. Er hofft das nach dieser eindeutigen Entscheidung der Bevölkerung auf Durchführung einer Volksbefragung, das Votum, in welcher Richtung auch immer, von den Gemeinderäten ernst genommen wird und nicht wieder festgestellt wird, dass die Bevölkerung nicht wisse, was sie mit einem ja bei der Volksbefragung unterstütze.

GR Dietmar Straßmair (SP) spricht die Fragestellung an und sieht diese Frage als Kompromissvorschlag, nachdem die Quadratmeter nicht in der Fragestellung enthalten sind. Viele Menschen wollen die Fachmärkte, aber auch viele sehen den Ortskern in Gefahr, wenn ein größerer Lebensmittelmarkt an der Ortsumfahrung entsteht. Er erwartet sich, wenn die Volksbefragung positiv ausgeht, dass die Märkte gebaut werden, aber nur ein Lebensmittelmarkt mit 500 m<sup>3</sup> gebaut werde. Wenn man die Frage so sieht, wie sie dort steht, dann wertet er dies als Entgegenkommen der ÖVP: Er stellt fest, dass man der Bevölkerung sehr wohl zutrauen könne zwischen einem Lebensmittelmarkt

mit einer Verkaufsfläche für Genuss- und Lebensmittel bis 500m<sup>2</sup> und über 500m<sup>2</sup> zu unterscheiden.

Er führt weiter aus, dass in zahlreichen Gesprächen mit Gemeindebürgern immer mitgeteilt wurde, dass alle ein Lagerhaus, eine Tankstelle, einen Drogeriemarkt und ein Schuhgeschäft haben wollen, dass es jedoch ein Problem für Viele darstelle, die die Problematik eines großen Supermarktes von über 500m<sup>2</sup> für die Unternehmer im Ortskern sehen.

Er schätzt daraufhin den Ausgang einer Volksabstimmung mit dem Frageinhalt eines Supermarktes auf etwa 50 : 50, mit der jetzt vorliegenden Fragestellung jedoch deutlich darüber. Er erwarte sich aber auch eine Behandlung der jetzigen Fragestellung durch alle Parteien, wie folgt: Für ein Lagerhaus, für eine Tankstelle, für einen Drogeriemarkt, für zusätzliche Fachmärkte, aber auch für einen Lebensmittelmarkt nur bis 500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche für Lebens- und Genussmittel, wie vom Land Oberösterreich verordnet. Daher kann seiner Meinung ein ja zu der jetzt vorliegenden Fragestellung nicht zweifelsfrei dazu führen, dass dies auch heisst, ja zu einem Supermarkt größer als 500m<sup>2</sup> an der Ortsumfahrung.

Eine gemeinsame Vorgehensweise aller Fraktionen und eine gemeinsame Zusammenarbeit ist mit dieser Fragestellung wieder möglich, damit hätte in Pettenbach die Vernunft gesiegt und die Emotionen würden damit in den Hintergrund gerückt.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) weist darauf hin, dass er nicht der Meinung seines Vorredner sei. Er stellt fest, dass er und die Mehrheit seiner Fraktion jedenfalls klar stellen, dass ein „Ja“ bei der Volksbefragung dafür stehe, dass neben dem Lagerhaus, verschiedenen Fachmärkten auch ein Supermarkt mit einer Verkaufsfläche für Lebens- und Genussmittel eines EUROSPAR (ca. 1.200m<sup>2</sup>) an der Ortsumfahrung am Areal des ehemaligen Fußballplatzes Pettenbach gewidmet werden soll. Durch das geplante Projekt an der Ortsumfahrung würde der Kaufkraftabfluss in die Nachbargemeinden stark reduziert.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) spricht daraufhin die Gemeinderatssitzungsprotokolle für die Widmung der Lagerhausflächen aus den Jahren 2008 – 2009 an und verliest verschiedene Absätze dieser Protokolle. Er habe sich diese Protokollauszüge ausgedruckt und stellt fest, dass im Jahr 2008 dieses Projekt begonnen wurde und ein Einleitungsbeschluss über eine Widmung von 1.500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche ohne Einschränkung erfolgt sei. Dabei wurde in der Wechselrede angesprochen, dass dann kein Lebensmittelverkauf stattfinden dürfe. Daraufhin wurde ein Stellungnahmeverfahren durchgeführt und der Gemeinderat neuerlich befasst.

Er ergänzt, dass er Auszüge aus diesen Entscheidungen des Gemeinderates in Form eines Postwurfes der Bevölkerung zur Kenntnis bringen werde. Ergänzend fügt er an, dass er sehr wohl weiß, dass die Bevölkerung zwischen Verkaufsflächen von über oder unter 500m<sup>2</sup> entscheiden könne. Jedoch müssen die Fakten vorher klar dargestellt werden.

Im ersten Sitzungsprotokoll aus dem Jahr 2008 über das Einleitungsverfahren steht:

*„Bürgermeister Schuster (VP) erklärt dazu, dass die lagerhaustypische Struktur sicher auch in Pettenbach eingehalten werden wird. Seitens der Gemeinde wird getrachtet keinerlei Lebensmittelmärkte an die Ortsumfahrung zu bauen. Es sei jedoch nicht gewollt, die Lagerhausgenossenschaft in eine gesetzwidrige Situation dadurch zu bringen, dass keine Lebensmittel verkauft werden dürfen. Kartoffel, Salat, etc. sind ja typische Produkte der Landwirtschaft und sollen daher auch im Lagerhausshop verkauft werden können.“*

Im Protokoll der 2. Gemeinderatssitzung 2008, dem Beschlussverfahren, steht:

*Um eventuelle Probleme gleich im Vorhinein ausschalten zu können, sollte daher keine Einschränkung des Anteils der Genuss- und Lebensmittel im Zuge der Flächenwidmungsplan-Änderung aufgenommen werden.*

*Von Herrn Dir. Kainrad wurde auch die Zusicherung gegeben, dass kein reiner Lebensmittelmarkt wie z.B. Spar, Billa usw. errichtet wird.“*



Er weist darauf hin, dass im Jahr 2009 dann ein neuerlicher Gemeinderatsbeschluss gefasst werden musste, da im Genehmigungsverfahren die Abteilung Raumordnung des Landes Oberösterreich Versagungsgründe für eine Widmung mitteilte. Dabei ging es darum, dass *„einer Widmung nur zugestimmt werden kann, wenn eine deutliche Reduzierung des Anteils der Verkaufsfläche für Lebens- und Genussmittel vorgenommen wird. Es soll dadurch verhindert werden, dass ein zusätzlicher Markt, wie z.B. BILLA, SPAR, usw,... errichtet werden kann.“* Dies wurde damals von der Gemeinde beschlossen und vom Lagerhaus akzeptiert. Nun 4 Jahre später gelte diese Zustimmung des Lagerhauses nicht mehr.

Er stellt weiter fest, dass die entscheidende Frage jedenfalls diese größer oder kleiner 500m<sup>2</sup> - Verkaufsfläche sei. Abgesehen davon muss auch bei einer positiven Beurteilung durch die Gemeinde in weiterer Folge erst die Zustimmung des Landes Oberösterreich für eine Vergrößerung der Verkaufsfläche eingeholt werden. Ob diese Zustimmung erfolgen wird sei nicht sicher gestellt. Hier wird es sicher noch zu Diskussionen kommen.

Er stellt fest, dass Eigentümer der Liegenschaft die Raiffeisenzentralbank, bzw. eine Tochtergesellschaft, die Raiffeisen-Impuls-Kappa – Immobilien – GmbH ist und das Lagerhaus nur ein Mieter. Wenn irgendjemand feststellt, dass die FPÖ ein politisches Spiel mit dem Standort des Lagerhauses treibe, sei dies keinesfalls richtig, da er und seine gesamte Fraktion absolut hinter der Errichtung eines Lagerhauses und einer Tankstelle stehe und dies immer unter den gegebenen Voraussetzungen befürwortet habe.

GR Elke Eder (VP) verlässt den Saal, kommt aber vor der Abstimmung wieder zurück.

GV Sigrid Grubmair (VP) spricht noch einmal die Urlaubszeit an, und erklärt, dass noch immerhin 7,5 Wochen bis zur Volksbefragung am 15. September übrig bleiben würden. Sie sei jedenfalls für den ersten Termin, da dadurch auch eine frühere Weiterarbeit für die TEAMS des Agenda21 – Prozesses möglich werden würde.

GV<sup>in</sup> Grubmair weist darauf hin, dass im einstimmig beschlossenen GR-Beschluss im Jahr 2009 von einer Fläche von 500m<sup>2</sup> für Lebens- und Genussmittel nur für den Lagerhausmarkt und den Bauernladen ausgegangen wurde. Diese Flächen werden auch jetzt noch vom Lagerhaus und vom Bauernladen benötigt. Zusätzliche Flächen für einen Markt, welcher Art auch immer, stehen derzeit nicht zur Verfügung, es sei denn das Lagerhaus verzichtet auf seinen Lebensmittelverkauf.

GR Michaela Kemptner (VP) fügt hinzu, dass ein neuer Antrag gestellt werden könnte, mit einem zusätzlichen Wortlaut von Lebensmittelmarkt über 500 m<sup>3</sup>. Es sei sicher in der Möglichkeit des Gemeinderates dies zu beschließen.

GR Kohlbauer weist darauf hin, dass die Volksbefragung mit der vorhandenen Fragestellung durchgeführt werden muss, da die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung dies verlangen.

Bgm. Bimminger weist ebenfalls daraufhin, dass dieser Vorschlag von GR<sup>in</sup> Kemptner nicht umsetzbar sein wird, jedoch in den Aussendungen und Informationsschrieben sicher klar gestellt werden wird, dass ein „JA“ bedeutet, dass für einen Supermarkt mit mehr als 500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche für Lebens- und Genussmittel gestimmt wird.

GR Dietmar Straßmair (SP) merkt an, dass der Antrag des Herrn Schiefermüller anders formuliert hätte werden sollen, jedoch nun so behandelt werden muss. Er ergänzt, dass es einen wesentlichen Unterschied ausmache, wenn ein großer Einkaufsmarkt mit Artikeln des täglichen Bedarfes an der

Ortsumfahrung entstehe oder „nur“ ein Schuhfachmarkt, ein Drogeriemarkt, oder desgleichen, die mit den Verkaufsflächen im Ortskern nicht in direkter Konkurrenz stehen. Diese Fachmärkte sind seiner Meinung nach nicht negativ für den Ortskern.

GR Kohlbauer weist ebenfalls darauf hin, dass die Volksbefragung mit der vorhandenen Fragestellung durchgeführt werden muss, da die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung dies verlangen.

GR Michael Aitzetmüller (SP) spricht die Wortmeldungen aus den Zuhörern an, und stellt fest, dass er als gewählter Gemeinderat sehr wohl über solche Sachen abstimmen kann und auch wisse wovon er abstimme. Er sehe es als seine Verpflichtung sich mit diesem Thema zu beschäftigen und darüber auch abzustimmen. Zur Fragestellung selbst sei es für ihn ganz klar, dass die Bevölkerung für die Errichtung eines Lagerhauses und eine Tankstelle sei, diese Fragestellung jedoch mit einem Lebensmittelmarkt zu verknüpfen sei nicht erforderlich. Neben den gewünschten Fachmärkten gebe es sicher noch zahlreiche andere Wünsche, die in einer Fragestellung eingebunden werden könnten. Er wiederholt die Forderung der Vorredner, dass vor der Befragung unbedingt genügend Information erfolgen muss.

GR Karl Kuntner (VP) spricht die Fragestellung mit über oder unter 500 m<sup>3</sup> an und stellt fest, dass nach den jetzt getätigten Aussagen eigentlich mit einer Zustimmung von 100% zur vorliegenden Fragestellung zu rechnen sei, da sowohl die SPÖ Fraktion als auch die FPÖ-Fraktion diese Fragestellung positiv beurteilen und die Möglichkeit der positiven Zustimmung signalisiert haben. Damit würde eine Volksbefragung gemacht, die jedoch nicht aussagekräftig ist, da sie jetzt schon unterschiedlich interpretiert wird. Er schlägt vor, dass von allen Fraktionen in ihren Aussendungen publiziert werden soll, dass wenn mit „JA“ gestimmt wird, der Bürger für einen Lebensmittelmarkt mit über 500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche für lebens- und Genussmittel stimme und wenn er mit „NEIN“ stimmt für einen Lebensmittelmarkt unter 500m<sup>2</sup> stimme.

Vzbgm. Platzer stellt dazu fest, dass genau diese Aussage bereits in der letzten Aussendung transportiert wurde.

GR Kuntner erwidert, dass diese Vorgehensweise für alle Mitglieder des Gemeinderates klar sein muss, dass die Bevölkerung bei „JA“ meint es soll einen Einkaufsmarkt größer 500m<sup>2</sup> geben bei „NEIN“ hingegen kleiner als 500m<sup>2</sup>.

GR Bernhard Radner (VP) ist mit der Formulierung des Fragetext nicht glücklich, jedoch muss in diesem Fall schon im Vorfeld klar gestellt werden, wie mit einem Ergebnis umgegangen wird ohne es dann falsch zu interpretieren. Der Wortlaut kann nicht mehr geändert werden, er ist sich aber sicher, dass die Bevölkerung ganz genau weiß, wenn sie ja stimmt, dass ein Spar dort gebaut wird. Seiner Meinung nach reduziert sich die gesamte Fragestellung auf die Frage, ob ein großer Sparmarkt an der Ortsumfahrung entstehen soll „JA“ oder „NEIN“. Seiner Meinung nach, ist diese Frage aber jetzt schon in der Bevölkerung klar angekommen und kann von dieser auch abgefragt werden.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) erklärt, dass innerhalb seiner Fraktion keinerlei Klubzwang bestehe, jeder SPÖ-Gemeinderat habe die Verpflichtung die Meinung der Bevölkerung einzuholen und sich daraus seine Meinung über sein Abstimmungsverhalten zu bilden. Wenn die Informationen aller Fraktionen nach außen, richtig transportiert werden können, dann kann das Abstimmungsergebnis der Volksbefragung ernst genommen werden. Es muss das Ziel aller Fraktionen sein objektive Erklärungen an die Bevölkerung zu übermitteln, nur dann kann die Entscheidung der Bürger als Grundlage des erforderlichen Gemeinderatsbeschlusses herangezogen werden. Er ersucht, dass kein Lagerwahlkampf für die Entscheidung gemacht wird sondern um eine klare, offene und sachliche

Darstellung, welche Konsequenzen aus einem „JA“ oder einem „NEIN“ zu dieser Fragestellung entstehen. Wenn das im Vorfeld gemacht wird, wird ein Ergebnis auch zur Kenntnis genommen

GR Karl-Heinz Strauß (FP) spricht die Volksbefragungen allgemein an, dass diese nicht ernst genommen werden. Einzig die Volksbefragung über das Atomkraftwerk wurde umgesetzt alle anderen wurden „schubladiert“. Welche Auswirkungen die „Bundesheervolksbefragung“ habe, könne derzeit noch nicht gesagt werden, da man dort derzeit in der Umsetzungsphase sei. Auch er wiederholt, dass die Fragestellung laut Gemeindeordnung übernommen werden muss und es letztendlich nur darum gehe ob man einen Lebensmittelmarkt über 500m<sup>2</sup> oder bis 500m<sup>2</sup> an der Ortsumfahrung haben möchte. Seiner Meinung nach sei die vorliegende Fragestellung fast nicht zu interpretieren, da er z.B. für ein Lagerhaus sei, für eine Tankstelle sei, auch für die erwähnten Fachmärkte sei, jedoch jedenfalls gegen einen Supermarkt. Er müsste daher mit „NEIN“ stimmen, weil die Fragestellung nicht klar ist. Aber, da über 1000 Personen unterschrieben haben, wird die Volksbefragung mit der vorliegenden Fragestellung abgehalten.

GR Karl Kuntner (FP) stellt die Frage, wie die Bewertung der Fragestellung dann von den anderen Fraktionen gesehen werde. Er fragt die Fraktionsmitglieder der SP und FP, warum sie sich dagegen wehren, wenn sie jetzt schon klar stellen, dass ein „JA“ heisst, es soll ein Lebensmittelmarkt über 500m<sup>2</sup> an der Ortsumfahrung entstehen und ein „NEIN“ heisst, es kann ein Markt unter 500m<sup>2</sup> an der Ortsumfahrung entstehen. Mit dieser in den Informationsschreiben klar zu definierenden Aussagen, würde man dem Bürger das Abstimmungsverhalten erleichtern und auch dem Gemeinderat die Möglichkeit geben das Befragungsverhalten ernst zu nehmen.

GR Strauss erwidert, dass es für ihn egal ist, wie die Volksbefragung ausgeht, er weiß, wie er stimmen werde. Ergänzend fügt er an, dass ihm erzählt wurde, wie der Auftritt von Herrn Direktor Maier von der Raiffeisenbank ausgesehen habe, und dieser bei seiner Präsentation über den Gemeinderat darüber fahren wolle.

Er selbst sehe die Situation des Lagerhauses ein, die eine Finanzierung benötige. Diese Finanzierung mache die Raiffeisenbank und diese macht eine Finanzierung eben nur unter den derzeit vorliegenden Voraussetzungen. Er stellt die dazu die Frage, ob wirklich alles immer so gemacht werden müsse, wie und was Herr Maier bzw. die Raiffeisenlandesbank wolle.

GR Michaela Kemptner (VP) spricht noch einmal den Text der Fragestellung an und stellt fest, dass in der von den Fraktionen der SPÖ und FPÖ abgelehnten Fragestellung für eine Volksbefragung genau der Text der jetzt verlangt wird gestanden wäre. Sie ersucht um Auskunft, warum diese Fragestellung bei der letzten Gemeinderatssitzung mehrheitlich abgelehnt wurde?

GREM Erwin Laßl (SP) erklärt, dass jede Fraktion seine Wähler so informieren müsse, dass diese wissen, wenn sie mit „JA“ stimmen, stimmen sie für einen Supermarkt größer als 500m<sup>2</sup> an der Ortsumfahrung und wenn sie mit „NEIN“ stimmen, für einen Markt bis maximal 500m<sup>2</sup>. Wenn diese Information von allen 3 Fraktionen gleich transportiert wird, kann auch das Ergebnis der Befragung als Grundlage für einen Beschluss des Gemeinderates herangezogen werden.

GR Bernhard Radner (VP) wünscht sich, dass die Gemeinderäte andere Redner nicht unterbrechen und vor allem nicht durcheinander gesprochen wird. Er ersucht um eine geordnete Redekultur während der Gemeinderatssitzungen.

GR Clemens Radner (VP) spricht den Termin und das Gemeindelogo an. Er erklärt, dass er nicht verstehe, warum die SPÖ und FPÖ die Volksbefragung bei der letzten Gemeinderatssitzung abgelehnt haben mit der Begründung von Planungssicherheit für die Unternehmer und jetzt wiederum ein Hinausschieben des Termins dazu im krassen Gegenteil stehe. Er führt weiter an, dass es ihm nicht gefalle, dass die letzten Informationsschreiben der SPÖ und FPÖ nur mit dem Gemeinde-

wappen und dem Gemeindelogo als Briefkopf ausgesendet wurde. Seiner Meinung nach sei dies die Darstellung, dass es sich dabei um ein offizielles, gemeindeamtliches Schreiben handle.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) sagt, dass er sehr wohl das Logo verwenden kann, da es sich um eine Information an die Pettenbacher Bevölkerung handle.

GREM Friedrich Ebner (SP) stellt fest, dass ein jeder auf den anderen etwas mehr Rücksicht nehmen sollte und mit etwas mehr Feingefühl seine Aussagen tätigen sollte.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) erklärt, dass das Gemeindelogo dann nicht verwendet werden dürfe, wenn es sich um Aussendungen von politischen Parteien handle. Er schlägt vor, dass dazu in nächster Zeit auch ein Beschluss erfolgen solle.

GR Danusa Neuhauser (VP) ist sehr erfreut, dass zahlreiche junge Gemeindebürger bei dieser Gemeinderatssitzung anwesend sind und dass die jetzt getroffene Entscheidung des Gemeinderates für sie sein werde. Das Bild das der Gemeinderat aber heute liefert ist jedoch sicher nicht dazu geeignet, um die Jugend zu motivieren später Mitglied des Gemeinderates zu werden. Der Gemeinderat ist Entscheidungsträger und hat Verantwortung für die Zukunft. Alles was heute diskutiert und beschlossen wird hat enorme Auswirkungen auf die Jugend die heute anwesend ist.

GR Ilse Laßl (SP) schließt sich GR Neuhauser an und fügt aber hinzu, dass die Jugend auch mit dem zukünftigen Ortskern leben müsse. Jeder Ortskern ist das Aushängeschild einer Gemeinde, darum muss unbedingt versucht werden, dass der Ortskern nicht ausstirbt.

GR Danusa Neuhauser (VP) stellt fest, dass die Entscheidung des Gemeinderates auch von den Nachbargemeinden sehr genau verfolgt wird. Sie stellt fest, dass der Bürgermeister von Scharnstein schon alle Widmungen so vorangetrieben habe und jederzeit einen neuen EURO – Spar aufnehmen würde und auch für jede Art von Fachmarktzentrum in seiner Gemeinde dankbar wäre. Ihr ist auch bekannt, dass der Bürgermeister von Wartberg alles daran setzt, um seinen Lagerhausstandort aufzuwerten. Sie hofft nur, dass nicht die umliegenden Gemeinden mit noch mehr Kaufkraft aus Pettenbach rechnen dürfen.

GREM Friedrich Ebner (SP) spricht die Gemeinderatsbeschlüsse an, die vor vielen Jahren beschlossen wurde, wo von Seiten der SPÖ diverse Anträge gestellt wurden, um Betrieb nach Pettenbach zu bringen und damals die ÖVP alles abgelehnt habe.

Bürgermeister Bimminger stellt fest, dass keine weiteren Wortmedlung mehr gemacht werden und wiederholt den Gegenantrag der FPÖ

**Gegenantrag: Der Gemeinderat wolle dem Termin zur Abhaltung einer Volksbefragung mit dem Wortlaut „Sind Sie für die Errichtung einer Lagerhausfiliale mit Tankstelle, eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes sowie anderer Fachmärkte an der Ortsumfahrung?“ am Sonntag, den 13. Oktober 2013 im Sinne des Berichtes zustimmen. Vor der Abhaltung der Volksbefragung soll der Gemeindebevölkerung jedoch neben einer Mitteilung der Abhaltung der Volksbefragung auch eine objektive Sachverhaltsdarstellung, mit sowohl dem Ist-Stand als auch eine öffentliche Informations- und Frageveranstaltung angeboten werden.**

**Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich mit 17 „JA-Stimmen“ (gesamte SPÖ und FPÖ-Fraktionen) und 13 „NEIN-Stimmen“ (ÖVP-Fraktion ohne GR Etzenberger) und einer Stimmenthaltung (GR-Etzenberger(ÖVP)) angenommen.**

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass somit fest stehe, dass die Volksbefragung am 13. Oktober 2013 stattfinden werde und die Gemeindevahlbehörde bereits im Vorfeld die Wahlzeit von 08.00 Uhr – 13.00 Uhr und das Wahllokal im großen Turnsaal mit wiederum vier Wahlsprengeln sowie der Verbotszone für Wahlwerbungen innerhalb des eingefriedeten Areals der Volks- und Hauptschule festgelegt hat.

### **3. Allfälliges**

GR Bernhard Radner spricht die Nutzung des Gemeindeglogos „Marktgemeinde Pettenbach, Leben im Almtal“ an, das von der SPÖ und FPÖ für ihre Aussendungen verwendet wurde. Er erklärt, dass die Gemeinde dieses Logo von einer privaten Firma hat entwickeln lassen und würde sich wünschen, dass dieses Logo auch nur von der Gemeinde verwendet wird und nicht für parteipolitische Aussendungen missbraucht werden darf. Er stellt fest, dass jeder, der das Logo verwendet hat, einen finanziellen Beitrag leisten soll, der in welcher Höhe auch immer festgesetzt werden muss.

Er ist der Meinung dass die Aussendungen vermuten lassen, dass es sich um amtliche Aussendungen der Gemeinde handle und es in der Gesetzgebung den Tatbestand der Täuschung und Irreführung gebe. Er wisse nicht, ob in diesem Fall dieser Tatbestand erfüllt sei, seiner Meinung nach als „Nichtjurist“ auf jeden Fall. Das Strafausmaß ist sogar mit Freiheitsstrafen verbunden. Er wüsche sich jedenfalls, dass man Regelungen für die Zukunft finden solle und auch wie mit der Nutzung in der Vergangenheit umgegangen werden soll.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) sagt, dass die Wortmeldung von GR Bernhard Radner (VP) „lachhaft“ sei. Einerseits steht auf dem Schreiben der Urheber andererseits habe er in seinen FP-Mitteilungen bereits schon immer das Logo verwendet und niemanden hat das gestört. Bereits vor einiger Zeit wurden vom damaligen Bürgermeister Schuster LOGO-Aufkleber an die Gemeinderäte verteilt, mit der Bitte diese auch zu verwenden.

GREM Friedrich Ebner (SP) wünscht sich, dass Namen der Fotoklubmitglieder bei den Fotos in den Gemeindenachrichten dazu geschrieben werden sollen. Er versuche schon seit Jahren dies bei den Mitarbeitern der Gemeinde zu erwirken, habe jedoch nur erreicht, dass zwar Fotoklub aber kein Name dazu geschrieben wird. Er würde sich wünschen, wenn auch dieser Forderung nachgekommen wird.

GR Dietmar Straßmair (SP) spricht das Urheberrecht der Bilder an, dass der Fotograf und die Personen, die auf dem Bild sind, gefragt werden müssen, wenn eine Veröffentlichung eines Bildes erfolgt.

Amtsleiter Weigerstorfer stellt fest, dass der Forderung von GREM Ebner bereits seit längerem nachgekommen wird. In den Gemeindenachrichten werden neben dem Text auch die Namen der Fotografen vermerkt. Die Aussage von Herrn Ebner wird grundsätzlich bereits seit einiger Zeit umgesetzt, wenn es nicht möglich ist den Fotografen zu ermitteln oder dieser nicht bekannt gegeben wird, wird gelegentlich sicher auch ein Foto ohne Bezeichnung in den Gemeindenachrichten erscheinen. Es wird aber versucht dies zu vermeiden.

GR Bernhard Radner (VP) führt daraufhin vor, wie auf einer Aussendung von FPÖ und SPÖ, die kürzlich an die Haushalte versandt wurde, mit dem Logo, der Wortlaut „lassen Sie sich nicht täuschen“ auf der Rückseite entstehen kann.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) spricht das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2013 an, und dass der Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung vorher abgelehnt wurde. Er habe dies bei der Durchsicht des Protokolls jedoch nicht richtig vermerkt gefunden. Er werde daher keinesfalls der Genehmigung des Protokolls zustimmen.

Er stellt fest, dass zuerst eine Abstimmung erfolgt ist, die eine Ablehnung des Antrages auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Beschluss über Abhaltung einer Volksbefragung“ nach sich gezogen habe und erst nach der durchgeführten Unterbrechung und nach der Aussage des Bürgermeisters, er habe beim Verlesen des Dringlichkeitsantrages auf die Begründung vergessen, erneut über die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung abgestimmt wurde.

Er habe nachdem er festgestellt habe, dass diese Passage nicht entsprechend protokolliert sei, nicht mehr weitergelesen, da ihm dies schon gereicht habe. Er werde, wenn das so weitergehe eine Amtsbeschwerde einbringen. Weiters wolle er noch abklären lassen, ob es rechtlich in Ordnung ist, wenn seine Fraktion am Freitag ein Protokoll erhalte und dafür in der Sitzung am Mittwoch darauf die Genehmigung erfolgen soll.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Protokollentwurf der Fraktion zugegangen ist und, da keine Rückmeldung erfolgt ist, mit der Zustimmung gerechnet wurde und daher bereits jetzt die der Fixierung des Protokoll vorgeschlagen wurde. Er stellt den Antrag, dass das Protokoll so ergänzt werden soll, dass alles seine Richtigkeit hat und die Genehmigung des Protokolls erst bei der nächsten Sitzung erfolgen kann.

**Bgm. Leopold Bimminger (VP) stellt den Antrag, dass die Frist auf Einsicht in das Protokoll bis zur nächsten Sitzung verlängert wird.**

**Der Antrag wird einstimmig durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.**

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) spricht Geruchsbelästigung im Bereich der Wasserhub und im Bereich von Pratsdorf, an und stellt fest, dass die Marktgemeinde dabei etwas machen müsse.

Bgm. Bimminger erklärt, dass bereits etwas gemacht werde. Es werden Windmessungen und Ammoniakmessungen durchgeführt, Aufzeichnungen des Landwirten erstellt, Protokolle der Lüftungen gemacht, Protokolle von Anrainern erstellt. Auf die Ergebnisse ist jedoch noch etwas zu warten, da die Aufzeichnungen ein Jahr lang geführt werden müssen um aussagekräftig zu sein.

GR Karl-Heinz Strauß (FP) glaubt, dass das angesprochene Logo der Marktgemeinde Pettenbach nicht urheberrechtlich geschützt ist und daher verwendet werden darf.

Bgm. Leopold Bimminger widerspricht dieser Aussage und stellt fest, dass man sich ein Logo markenrechtlich schützen lassen muss, das Urheberrecht besteht jedoch auf jeden Fall.

GR Danusa Neuhauser (VP) informiert, dass am 27. August 2013 die Eröffnung des Mehrgenerationenhauses stattfinden wird und lädt alle Gemeinderäte zu diesem Termin ein.

Da keine weiteren Wortmeldungen eintreffen bedankt sich Bgm. Bimminger bei den Gemeinderäten für die trotz allem Sachliche Diskussion und schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.

**Gemeinderat:**

-----  
(Vorsitzender)

-----  
(Schriftführerin)

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom \_\_\_\_\_ keine Einwendungen erhoben wurden.

-----  
(Vorsitzender)

-----  
(Gemeinderat - ÖVP)

-----  
(Gemeinderat - SPÖ)

-----  
(Gemeinderat - FPÖ)